

9. April 2011

KIT Karlsruhe: Atomenergieforschung nach Fukushima. Zeitgewinn und Rettungsanker Kernfusion. Empört Euch!

Von Dietrich Schulze

Die von der früheren rot-grünen Bundesregierung beschlossene Laufzeitbegrenzung der Atomkraft hat in der Leitung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT (Vorläufer Forschungszentrum Karlsruhe, jetzt KIT Campus Nord genannt) nie Gefallen gefunden. Im Gegenteil, es wurde fest von einer Renaissance der Kernenergie ausgegangen. KIT Präsident Prof. Horst Hippler brachte das auf den Punkt. Er war einer der beiden Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung, dem die schwarz-gelbe Bundesregierung brav gefolgt ist.

Am Tag 1 der Fukushima-Katastrophe, am 11. März meldete der Südwestfunk, dass im Institut für Transurane ITU, einer europäischen Atomforschungsinstitution auf dem Gelände des Campus Nord, mit Forschung an neuen Reaktortypen begonnen wird. Dabei sollen 180 Kilo Plutonium, 50-130 Kilo hochangereichertes Uran, 300 Kilo schwach angereichertes Uran und 450 Kilo Thorium eingesetzt werden. Das KIT ist eng verflochten mit diesen Plänen.

Zwei Tage vor der Landtagswahl teilt der andere KIT Präsident Prof. Eberhard Umbach der Presse mit, „das vor kurzem verkündete Moratorium bezüglich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke sei allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet. Aber Angst ist kein guter Ratgeber.“ Einen Tag nach der Landtagswahl teilt er der Presse mit, „er sei - wie die neue Landesregierung - für den Ausbau regenerativer Energien, hier habe das KIT zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. Der Weg dorthin sei allerdings ohne die weitere vorübergehende Nutzung der Kernkraft nur schwierig zu erreichen. Dies werde das KIT durch entsprechende Expertisen in die Diskussion einbringen.“

Die EVU's drohen derweil mit dem Blackout und dem Verlust von Arbeitsplätzen und setzen auf die kurze Halbwertszeit des Angsterfalls. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe formuliert das schon etwas eleganter. Von neuen Chancen, von den Erneuerbaren, gar vom Strom sparen ist die Rede mit dem Fazit „Wir müssen die Energie-Denkhauptstadt Nummer Eins in Europa werden. Wir brauchen eine stabile Stromversorgung, zu bezahlbaren Preisen bei schnellstmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie.“

Für eine Podiumsdiskussion zum Thema "Zukunft der Kernforschung am KIT" wurde ein bemerkenswerter Tag ausgesucht: Gründonnerstag, der *dies absolutiois* („Tag der Sündenvergebung“). Gäste des außerordentlich ausgewogen zusammen gesetzten Podiums 18 Uhr im Redtenbacher-Hörsaal (Gebäude 10.91 der Uni) sind Dr.-Ing. Peter Fritz, Vizepräsident des KIT und Vizepräsident des deutschen Atomforums, Sylvia Kotting-Uhl, MdB im Wahlkreis Karlsruhe und atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Jörg Michels, Technischer Geschäftsführer des KKW Neckarwestheim und Mitglied der Geschäftsführung der EnBW Kernkraft GmbH, Prof. Dr. Norbert Willenbacher, Aufsichtsratsvorsitzender von juwi und Prof. für angewandte Mechanik am KIT.

Dazu muss man noch wissen, dass es neben der bekannten Seite der Atomenergie, der Kernspaltung, eine andere weniger bekannte Seite - die Kernfusion - gibt, ein weltweit etabliertes sehr kostspieliges Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Damit soll die

Energieerzeugung der Sonne auf der Erde nachgeahmt werden. Rohstoffe Wasser und Gestein (Tritium), Endprodukt ungefährliches Helium, keine Kernschmelze möglich. Der Traum von der unerschöpflichen, sauberen und sicheren Energiequelle, so die offizielle Lesart. Nicht von ungefähr wird die Kernfusion seit Fukushima in den höchsten Tönen gepriesen, „die gute Kernenergie“, „die bessere Kernenergie“, „der Fahrstuhl in die Zukunft“ oder gar „der heilige Gral der Wissenschaft“.

Da ist die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" e.V. (NatWiss) ganz anderer Meinung. Sie betrachtet die Kernfusion eher als Inkarnation des Technikwahns und fordert auch hier den Ausstieg. Das hat sie am 4. April in einer Stellungnahme an das KIT Präsidium und die zuständigen Stellen in Land und Bund mitgeteilt und so begründet:

Die Kernfusion ist ein leeres Zukunftsversprechen, das keinen Beitrag zur Energiewende zu liefern vermag. Das Programm verschlingt Milliarden für die Forschung und wird wahrscheinlich nie in Kraftwerke umgesetzt, weil es die bessere und billigere Alternative „Energie-Einsparung kombiniert mit erneuerbarer Energie“ gibt. Die Friedensinitiative drückt dazu ihre Überzeugung aus, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern. Dazu könnte gerade auf die Erfahrungen des ehemaligen (Kern)-Forschungszentrums mit seiner Zivilklausel zurückgegriffen werden. Deswegen sei die Initiative auch optimistisch, dass die geforderte Friedensbindung für das gesamte KIT zusammen mit der neuen Landesregierung trotz des kürzlichen Ausweichens des Senats verankert werden wird.

Zwei Energiekonzepte stehen demnach im Raum. Die alternative Fortsetzung der Kernenergie-Renaissance, das heißt die Versöhnung der Kernspaltung mit der erneuerbaren Energie und die Lockung mit der Kernfusion als „bessere Kernenergie“ einerseits und der energische Umstieg allein auf die beiden Ressourcen Energie-Einsparung und erneuerbare Energie andererseits.

Über die Haltung der EVU's und der abgewählten Machthaber in Baden-Württemberg und die noch im Amt befindlichen im Bund braucht sich niemand Illusionen zu machen. Wie wahrscheinlich ist ein Bewusstseinswandel in der Führung des KIT? Deutlich größer als das Restrisiko der „sicheren“ deutschen Kernkraftwerke?

Allerdings könnten sich die „im Wesentlichen weiter so“-Gruppierungen in der neuen baden-württembergischen Landesregierung gründlich getäuscht haben. Die braucht weitere kraftvolle Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung.

Und das alles gilt nicht nur für das KIT Karlsruhe, sondern für alle betroffenen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Empört Euch!

Eine gute Gelegenheit zum Mitmachen ist der Ostermarsch: Atomwaffen und Atomkraft abschaffen. Energiepolitik ist Friedenspolitik.

Dr. Dietrich Schulze dietch.schulze@gmx.de

Beiratsmitglied NaturwissenschaftlerInnen-Initiative www.natwiss.de

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

tel +49721 385403 hy +49160 9911 3131

Anlage: NatWiss Presse-Mitteilung 6.4.11 mit Stellungnahme 4.4.11